

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 41 (2022)
Heft: 79

Artikel: Linke Politik, Russland und die Ukraine
Autor: Klein, Thomas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1055732>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Linke Politik, Russland und die Ukraine*

Längst ist es überfällig, sich in der gesellschaftlichen Linken aller Länder über eine eigenständige internationalistische Haltung und Praxis gegen den russischen Überfall auf die Ukraine und für die Ächtung der weltweit eskalierenden gefährlichen Aufrüstungsexzesse im Kontext der sich zuspitzen- den imperialistischen Weltneuordnungskonkurrenz zu verständigen.¹ Dabei hatte der längst offensichtlich gewordene neue «Kalte Krieg» der konkurrierenden hochgerüsteten Antagonisten nicht erst mit der barbarischen Aggression der militärisch überlegenen Atommacht Russland gegen die Ukraine, sondern schon vorher längst die Schwelle zu lokalen «heissen Kriegen» überschritten. Die Gewöhnung an die Rehabilitierung des Krieges als politisches Mittel und Merkmal dieser Konkurrenz mit Beginn der Ära des vermeintlichen «Endes der Geschichte» setzt erneut auf das Vergessen und Verdrängen im Propagandanebel systemkonformer Leitmedien der jeweiligen kriegführenden Mächte. So spiegeln die Rechtfertigungen der zur Überwältigung oder Okkupation neigenden Interventionen der russischen Föderation etwa in Tschetschenien und Georgien gleichartige Legitimationsversuche etwa des Angriffs des NATO-Blocks auf Serbien und der Abspaltung des Kosovo: Der Kampf gegen den Terror oder der humanitäre Schutz von Minderheiten stehen überwiegend im Dienst der Bemächtigung lokal- oder globalstrategischen Interventionismus.

* Stand Juni 2022

Und die gesellschaftliche Linke?

Der Krieg gegen die Ukraine geht in den vierten Monat. Es zeichnet sich in der westlichen Linken gegenwärtig das Bild einer weitgehenden Orientierungslosigkeit ab, wobei an den Rändern sogar ein teilweise zynisch erscheinender Hang zu einer doktrinären Belehrungsmanie an die Adresse der unter immensem Druck stehenden ukrainischen und russischen Antikriegs-Linken erscheint. Mitunter werden hinsichtlich der Dimension des aktuellen Versagens einer internationalistischen Linken sogar Vergleiche zur Kapitulation der Zweiten (sozialistischen) Internationale 1914 gezogen. Dabei ist die Konfliktlage gerade für die ukrainische Linke durchaus komplex: Wie soll sie sich positionieren, wenn die Bevölkerung ihres kapitalistischen Landes, administriert von einer Regierung, die unter dem Einfluss der von westukrainischen Agraroligarchen dominierten korrupten Bourgeoisie steht, sich mehrheitlich entschlossen gegen den russischen Aggressor wehrt und diese Linke gleichzeitig anhaltend attackiert wird von rechtsnationalistischen ukrainischen Extremisten? Vielfach eindeutiger, aber letztendlich noch verzweifelter ist die Lage der staatlich verfolgten und brutal unterdrückten russischen Antikriegs-Linken, die in den Untergrund und in die Illegalität gezwungen existieren.

Die Fehlwahrnehmungen der Lage gerade in den Reihen der westlichen Linken sind breit gefächert: So fehlt es beispielsweise dort nicht an Empfehlungen an die ukrainische Linke, statt an der Landesverteidigung teilzunehmen, den Kampf gegen den inneren Feind, die ukrainische Bourgeoisie, zu eröffnen. Dies freut den russischen Aggressor, der nach dieser «Schützenhilfe» und seinem Sieg auch die ukrainische Linke mit Vergnügen vertilgen dürfte. Dagegen sind die Aufrufe seitens der russischen Antikriegs-Linken, sich gegen die chauvinistische staatliche Kriegslegitimationspropaganda in Russland zu wehren, mit Flugblattaktionen, Demonstrationen oder Streiks gegenzusteuern und ihre Solidarität mit der überfallenen ukrainischen Bevölkerung (und nicht nur mit der dortigen Linken) zu bekunden,² ebenso angemessen wie gegenwärtig hoffnungs- und wirkungslos angesichts der grossen russischen Massenbasis für Putins Kriegskurs. Jedoch signalisieren diese Aufrufe den einzige aussichtsreichen, anzustrebenden linken Basiskonsens: Einen gegen jeden Nationalismus, Chauvinismus und Kriegstreiberei gerichteten Kurs internationaler Solidarität mit den Opfern militärischer Aggressionen.

Auch die ehrenwerte pazifistische Linke («Die Waffen nieder») kann die Frage nicht beantworten, wie der Initiator einer übermächtigen russischen Feuerwalze, die keineswegs nur militärische Infrastruktur, sondern

gezielt und vermehrt auch zivile Ziele attackiert, durch pazifistische Appelle zu beeindrucken ist. Immerhin haben Beispiele russisch besetzter ukrainischer Territorien (wo die Besatzer umgehend begannen, russische Pässe zu verteilen) gezeigt, dass dort die Herstellung «russischer Normalität» am passiven und demonstrativen unbewaffneten Widerstand der Mehrheitsbevölkerung (etwa in Cherson³) scheiterte. Doch auch der weltanschauliche Pazifismus kapituliert vor der Frage, wie ein unerbittlicher Aggressor waffenlos zum Einlenken bewegen werden kann, zumal, wenn die westukrainische Mehrheitsbevölkerung ebenso entschlossen bereit ist, sich bewaffnet zu verteidigen. Wenn allerdings eine anwachsende Antikriegsbewegung im Land des Aggressors einhergeht mit erfolgreichem zivilgesellschaftlichen Widerstand und wirksamer militärischer Gegenwehr im überfallenen Land, so ist die militärische Übermacht des Aggressors nicht mehr kriegsentscheidend (wie der Ausgang des US-amerikanischen Vietnamkriegs-Abenteuers zeigte). Dann (und nur dann) erhielte auch eine antinationalistische, solidarische, russisch-ukrainische pazifistische Antikriegsbewegung ihren Stellenwert zurück.

Hier wären wir schon bei der brisanten Frage, wie sich verschiedene linke Strömungen zur NATO-Waffenhilfe für die Ukraine positionieren. Zu den (West-)Linken, die diese ablehnen, und sich auch nicht scheuen, dies der ukrainischen Linken zu empfehlen, gehören auch jene Strömungen, die letztendlich die NATO mit ihrem Einkreisungskurs seit 1993, und nicht Russland, für den Ukraine-Krieg verantwortlich machen. Unter ihnen finden sich auch jene, die dabei zumindest implizit die russische Kriegslegitimation tolerieren, wenn nicht sogar teilen, selbst wenn auch sie den russischen Überfall missbilligen. Trotzdem befinden sie sich so in der unappetitlichen Nachbarschaft zur KPRF (Kommunistische Partei der Russischen Föderation), der DKP (Deutsche Kommunistische Partei) und anderen «Linken» sowie dem orthodoxen russischen Klerus, die allesamt als Beihelfer russischer Kriegspolitik gelten dürfen.

Natürlich wissen alle Beteiligten und vor allem die ukrainische Linke, welche sich überwiegend an den humanitären Hilfsaktionen für die Kriegsopfer und an der Landesverteidigung beteiligt,⁴ dass in der Ukraine Kampagnen gegen ausländische Waffenhilfe ihre ohnehin hoffnungslose Isolierung noch steigern würde. Schliesslich ging das Scheitern des russischen «Blitzkriegs» im März nicht zuletzt auf die seit 2014 intensivierte westliche Ausrüstung der ukrainischen Streitkräfte zurück.

Die deutsche Partei Die Linke hatte in ihrem Selbstverständnis als Friedenspartei stets gegen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete votiert, den poli-

tischen Systemkontext militärischer Konflikte betont («Kapitalismus bedeutet Krieg»/ Wagenknecht) sowie gegen die Militäreinsätze im Irak und Afghanistan gestimmt, bis unter anderem Stefan Liebich 2014 Waffenlieferungen an die Kurd:innen im Irak in deren Kampf gegen den IS befürwortete, um noch grösseres Unheil zu verhindern. Ebenso sei die Bekräftigung des Rechts auf Landesverteidigung aus der Sicht jener, die nun nicht mehr die Abschaffung, sondern die Reform der NATO forderten, kein Abschied von der pazifistischen Grundhaltung der Partei.⁵ In der kontroversen innerparteilichen Debatte um Waffenlieferungen an die Ukraine befürwortet nun auch der Thüringer linke Ministerpräsident Bodo Ramelow diese Hilfe unter Hinweis auf das Völkerrecht,⁶ während Fraktionschef Dietmar Bartsch den Vorrang solcher Waffenhilfe gegenüber den Mitteln der Diplomatie im Regierungshandeln und im öffentlichen Diskurs scharf kritisierte.

Eine besondere Facette linker Realitätsverweigerung trifft man bei globalstrategischen Analytiker:innen an, die den Ukraine-Krieg ausschliesslich als Konfliktfeld zeitgenössischer multipolarer Weltneuordnungskonkurrenz zwischen den USA nebst NATO-Anhang, Russland und China betrachten. Dabei wird die Ukraine nur als Objekt dieser Konkurrenz behandelt, ohne dass die ukrainische Interessensdiversität, die Dynamik deren gesellschaftlicher Entwicklung sowie das Gewicht ukrainischen Handelns selbst sonderlich von Interesse sind. Ausserdem wird in diesen Analysen ebenso wie bei anderen kurzsichtigen linken Positionierungen vielfach ein Ursprung der Entstehung «weisser Flecken» sichtbar: Es ist dies die fast schon phobische Scheu, dem Charakter der Klassenherrschaft im kapitalistischen Russland, seinen Besonderheiten, den Kriegszielen des Regimes, seinen Herrschaftstechniken, der Architektur seiner ökonomischen Basis und deren internationaler Verflechtung, den Widersprüchen des russischen Völkergefängnisses und dem russischen aussenpolitischen Strategie- und Bündniskonzept nachzugehen und in die Betrachtungen einzubeziehen. Diejenigen mit dieser Verweigerungshaltung, welche ihrer Überzeugung nach die NATO für den Ukraine-Krieg verantwortlich sehen, befürchten offensichtlich, dass durch diesen Perspektivenwechsel auf Russland ihre Disposition beschädigt werden könnte.

Das «russische Rätsel»

Dabei ist der Schlüssel für das Verständnis russischen «Gewordenseins» auch der Schlüssel für die Vollständigkeit erwähnter globalstrategischer Analysen – insbesondere für die Entstehung des russischen Ringens um

neue Weltgeltung und um ihren Einflusssphärenausbau im postsowjetischen Raum gegen die USA, die EU und die NATO.

Nachzuzeichnen und zu begreifen ist zunächst der Weg vom hoffnungsvollen Demokratisierungsschub in der späten Sowjetunion über deren Zerfall bis hin zur neoliberalen Schocktherapie bei der Einführung des Kapitalismus in Russland durch die Jelzin-Administration. Dabei erfolgte 1993 der gewaltsame Übergang von der parlamentarischen Demokratie zur autoritären Präsidialverfassung. Dieses Ende des Demokratisierungsprozesses dokumentierte das Bewusstsein der russischen Bourgeoisie, dass demokratische Institutionen wie ein starkes Parlament eine Gefahr für die Etablierung des gewöhnlichen Kapitalismus in Russland darstellen. Mit der Privatisierung staatlicher Konzerne 1995–97 entstand der Machtblock einer staatsnahen Oligarchenkaste, während ein Drittel der russischen Bevölkerung während dieses Privatisierungsprozesses verarmte und die Integration Russlands in den kapitalistischen Weltmarkt einen anhaltenden ökonomischen Niedergangs- und Deindustrialisierungsprozess zeitigte (Staatsbankrott 1998). Nur der Rohstoffsektor blieb (neben einigen anderen Industrie-sektoren) auf dem Weltmarkt ertragreich, womit Russland begehrter billiger Ressourcenlieferant (Öl, Gas, Agrarprodukte) für ausländische Grossabnehmer wurde. Die Oligarchen dirigierten das Regierungshandeln, das bereits mit dem ersten brutalen Krieg gegen das abtrünnige Tschetschenien (1994–96) die Militarisierung der russischen Innenpolitik einleitete.

Während der ersten Putin-Dekade (2000–2008) gelang es, den rasanten Niedergang aufzuhalten: Die Autonomie staatlicher Macht gegenüber den oligarchischen Grosskapitalisten wurde ausgebaut, die partielle Abschwächung der enormen sozialen Ungleichheiten wurde begonnen, die staatlichen Gewaltapparate wurden weiter aufgewertet und verschärft in Funktion gesetzt (zweiter Tschetschenienkrieg). Die ökonomischen Modernisierungsanstrengungen änderten aber nichts am recourcenextraktivistischen Entwicklungspfad der russischen Ökonomie und es gelang nicht, der einsetzenden ökonomischen Stagnation (2008/2012) nachhaltig zu begegnen. Doch es gelang, die Massenbasis der Regierung zu verbreitern und die Loyalität der gezähmten Oligarchen zu erzwingen, denn letztere sahen in einem konsolidierten Staat die Garantie ihrer Besitzwahrung. Die russische etatistisch-oligarchische Neuordnung war entstanden. Allerdings erzeugte das Feststecken auf dem ressourcenextraktiven Entwicklungspfad zusammen mit der anhaltenden ökonomischen Stagnation eine Koalition aus nationalkonservativen Staats- und Regierungskräften und der binnennarktorientierten Kapitalfraktion. Diese Koalition forderte eine import-

substituierende Reindustrialisierung weg von der wirtschaftlichen Westorientierung (Rohstoffexporte) und eine Umorientierung auf neue Bündnisoptionen im postsowjetischen Raum sowie in Richtung Asien (eurasischer Wirtschaftsraum, China, Indien) mit russischer Führungsrolle. Gleichzeitig versprach dieser Kurswechsel, den US-amerikanischen Hegemon erfolgreich herausfordern zu können (imperiale Konkurrenz). Der Kurs auf eine importsubstituierende Reindustrialisierung wurde durch die westlichen Sanktionen seit dem ersten Ukraine-Konflikt ab 2014 (Krim-Annexion) noch angefeuert. Im Inneren war dies von einer noch mehr forcierten autoritären Innenpolitik (Kriminalisierung der Opposition, Agentengesetz, Medien- und Justizkontrolle, reaktionäre Familiengesetzgebung, Minderheiten-diskriminierung) und Sozialstaatsbeschneidung (Erhöhung des Renteneintrittsalters) begleitet. Aussenpolitisch erforderte der Kurswechsel die nunmehr aggressive Verfolgung semiimperialer russischer Ansprüche im postsowjetischen Raum (ideologisch flankiert von einer toxischen geschichtsrevisionistischen Wende) und vermehrte militärische Interventionen (Georgien, Syrien, Kasachstan und schliesslich in der Ukraine).⁷

Dies alles steckt wirklich und materiell-ökonomisch hinter der absurd russischen geschichtspolitischen Propaganda, der militant-nationalistischen Rhetorik und den merkwürdigen taktischen Verbindungen und Affinitäten zu neonazistischen und rechtsextremistischen (west-)europäischen Parteien und Vereinigungen. Dass militante Rechtsextremisten in Russland selbst beträchtlichen Einfluss auf das Regierungshandeln ausüben, ist schon lange bekannt.⁸ Felix Jaitner ordnet die Genesis der russischen kapitalistischen Klassengesellschaft in Anlehnung an Marx⁹ als Entstehung eines hybriden bonapartistischen Herrschaftstyps (nach Nicos Poulantzas eine Herrschaftsform zwischen Militärdiktatur und Faschismus) ein. Der Springpunkt: Der revolutionär-demokratische Aufbruch in der Sowjetunion und die Anfänge des parlamentarischen Demokratismus in Russland scheitern am gewaltsamen präsidualdiktatorischen Coup Jelzins 1993 (Panzer beschiessen das Parlament) und die krisengebeutelte, diskreditierte herrschende Bourgeoisie gibt zur Jahrtausendwende zwecks Sicherung ihrer Besitztümer die Macht (zeitweilig) in die Hände eines Diktators (Putin), der dem Regime wieder eine gewisse Massenbasis verschafft.¹⁰

Perspektivenwechsel

Der erwähnte verbreitete Widerwillen mancher linker Analyst:innen gegenüber einer Russland-Analyse hat auf Seiten westlicher regierungsgefolg-

schaftstreuer Leitmedien eine (inverse) Entsprechung: Sobald Fragen zur entstehungsgeschichtlichen Mitverantwortung des NATO-Blocks für die Ukraine-Krise (unter anderem die Osterweiterung), zur Vielzahl seiner völkerrechtswidrigen kriegerischen Interventionen, Menschenrechtsverletzungen oder zu so entstandenen Massenfluchten und zu der enormen Todesopferbilanz dieser Kriege gestellt werden, steigt sowohl die Nervosität wie die Aggressivität augenblicklich an. Das gleiche gilt, wenn in der herrschenden Atmosphäre bellizistischer Aufrüstungshysterie Antimilitarist:innen, Pazifist:innen oder auch nur diplomatieorientierte Entspannungspolitiker:innen ihre Konfliktlösungsvorstellungen vortragen. Dies geschieht, während die USA und der NATO-Block ihren Antagonisten mindestens fünfzehnfach militärisch überlegen sind und die Profite der Rüstungsindustrie grösser sind als das Einkommen der Hälfte der Weltbevölkerung. Die «NATO-Bilanz» dieser Kriege ist wahrhaft erschreckend: Deren Opferzahlen, angefangen in Korea, Kambodscha und Vietnam über Mittelamerika, Afghanistan bis in den heutigen Nahen Osten gehen in die Millionen. Allein der völkerrechtswidrige, mit deutscher Beteiligung geführte und (wie inzwischen nachgewiesen) wahrheitswidrig legitimierte NATO-Überfall auf Serbien zählte in 78 Tagen 38 000 Luftangriffe unter anderem mit angereicherten Uran-Streubomben und lasergesteuerten Graphitbomben auf hauptsächlich zivile Infrastruktur-Ziele. Es starben einige tausend Zivilisten, circa 5000 serbische Soldaten verloren ihr Leben, circa 10 000 wurden verletzt.¹¹ Ganz zu schweigen von den immensen Opferzahlen des mit Fälschungen legendierten Irak-Kriegs.

Mit dem Überfall auf die Ukraine hat Russland eine solche Kriegspolitik nun 1:1 übernommen und damit alle russischen Verweise auf seine Sicherheitsinteressen entwertet. Dabei ist Russland nicht einfach nur ein ebenso skrupelloser wie zynischer Teilnehmer der imperialen Weltneuordnungskonkurrenz neben den USA, ihrem NATO-Anhang und China: Es führt Krieg in Europa. Auf dem Kriegsschauplatz Europa hat die internationale gesellschaftliche Linke im Kampf Russlands mit der und um die Ukraine die Frage zu beantworten, wie und ob sie in diesem Krieg Partei ergreift für die Souveränität eines von korrupten Oligarchen beherrschten kapitalistischen Landes und dessen inzwischen eindeutiger Westorientierung – und dies, ohne die dortige Präsenz ultranationalistischer und rechtsradikaler Kräftegruppen zu unterschätzen oder zu leugnen. Wenn ja – wie weit kann diese Parteinahme gehen? Bis hin zur Befürwortung von Waffenlieferungen? Wenn nein – kann es im Interesse dieser gesellschaftlichen Linken sein, wenn die Ukraine als eigenständiges Land im Sinne der russischen chauvinistischen

Propagandakonstruktion in seinem Völkergefängnis verschwindet oder wie Belarus domestiziert wird?

Was tun?

Die europäische gesellschaftliche Linke wird keine entscheidende Rolle für die Art des Ausgangs dieses Konflikts oder bei der Beendigung des Krieges spielen. Und dies nicht allein deswegen, weil sie sich nicht einigen kann auf eine gemeinsame Antwort auf die oben gestellten Fragen. Sondern hauptsächlich deswegen, weil sie zu schwach ist, zu wenig verankert in der Gesellschaft und handlungsgelähmt in noch diversen anderen Krisen. Doch Untätigkeit oder Passivität kann deshalb keine Option sein.

Wenn dieser Krieg nicht militärisch entschieden wird, wird es fraglos genau dann zu einer Verhandlungslösung kommen, wenn sich beide Seiten im Sinne ihrer Kriegsziele keine entscheidenden Vorteile mehr von einer Fortsetzung der militärischen Auseinandersetzung versprechen. Die gesellschaftliche Linke muss schon im Vorfeld alle dann verhandlungsermächtigten Akteure unterstützen, die für einen Frieden ohne Annexionen eintreten, die für das Selbstbestimmungsrecht aller Volksgruppen in der Ukraine votieren und unter UNO-Kontrolle zu schützen bereit sind, sowie für ein umfassendes System der gemeinsamen Sicherheit, territorialen Integrität, der Deeskalation, Rüstungskontrolle und Abrüstung einschließlich nuklearer Demobilisierung aktiv werden wollen.

Anmerkungen

- 1 So wenig es «die Linke» als eine geeinte gesellschaftliche Bewegung gibt, so real existent ist die Vielzahl parteigebundener, parteiunabhängiger, emanzipatorischer, systemkritischer und antikapitalistischer linker Vereinigungen weltweit – die «gesellschaftliche Linke aller Länder».
- 2 Siehe etwa: Erklärung russischer Sozialist*innen der Gruppe Socialisteskaja Alternativa vom 24.2.2022. www.akweb.de/bewegung/linke-stimmen-aus-russland-und-ukraine-zum-widerstand-gegen-den-krieg/ (Abfrage 21.6.2022)
- 3 www.soziale-verteidigung.de/artikel/ziviler-widerstand-gegen-krieg-ukraine (Abfrage 24.6.2022)
- 4 Die Kriegsmaschinerie stoppen. Linke Stimmen aus Russland und der Ukraine zum Widerstand gegen den Krieg. www.akweb.de/bewegung/linke-stimmen-aus-russland-und-ukraine-zum-widerstand-gegen-den-krieg/ (Abfrage 21.6.2022)
- 5 Die heftige innerparteiliche Kritik lautete: «Wer heute US geführte Militäreinsätze in der Welt mit eigenen Truppen oder mit Waffenlieferungen unterstützt, lässt sich in eine US-Aussenpolitik einbinden, die seit dem Zweiten Weltkrieg eine Blutspur mit Millionen Toten um den Erdball gezogen hat. Es geht [...] nicht in erster Linie darum, Menschenleben zu retten, sondern im Kern um die Frage, ob die Bundeswehr diese Außenpolitik der USA zur Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten unterstützt» (Lafontaine, Oskar, 2014: Gegen den globalen Interventionismus von USA und Nato. www.tagesspiegel.de/meinung/die-linke-und-der-bewegung/linke-stimmen-aus-russland-und-ukraine-zum-widerstand-gegen-den-krieg/ (Abfrage 21.6.2022)

- krieg-gegen-den-globalen-interventionismus-von-usa-und-nato/10822178.html) (Abfrage 21.6.2022).
- 6 www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ramelow-waffen-panzer-ukraine-linke-100.html (Abfrage 21.6.2022)
 - 7 Vgl. Jaitner, Felix, 2022: Russland. Von autoritären Umbrüchen bis zum Krieg. www.isw-muenchen.de/2022/06/russland-von-autoritaeren-umbruechen-bis-zum-krieg/ (Abfrage 21.6.22); Jaitner, Felix, 2022: Vom Krisen- zum Kriegsbonapartismus. Der Ukraine-Krieg hat Russland verändert. Je länger er anhält, desto mehr steigt die Repression. www.akweb.de/politik/russland-unter-putin-faschismus-oder-kriegsbonapartismus/ (Abfrage 24.6.2022). Siehe auch den Beitrag von Tomasz Konicz im vorliegenden Band.
 - 8 Zygar, Mikhail, 2022: Schaulaufen der Radikalen. In: Spiegel, 19.4. telepon.cyoub/https-www.spiegel.de/ausland/russlands-politische-elite-schaulaufen-der-radikalen-a-1fe6bc36-7232-46e1-a4b8-7372dcb6boee (Abfrage 21.6.2022)
 - 9 Marx, Karl, 1960: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Marx, Karl / Engels, Friedrich: Werke Bd. 8. Berlin
 - 10 Mit Marx Putin verstehen – Aspekte der politischen Ökonomie in Russland (Podcast-Interview mit Felix Jaitner). radiocorax.de/mit-marx-putin-verstehen-aspekte-der-politischen-oekonomie-in-russland/ (Abfrage 21.6.2022)
 - 11 Dahn, Daniela, 2022: Frieden muss gestiftet werden. www.heise.de/tp/features/Frieden-muss-gestiftet-werden-6654673.html?seite=all (Abfrage 21.6.2022)

Streifzüge
wertlos · unsachlich · jenseits

Unsere Realität ist die Konsequenz einer blinden Dynamik.

Werte

KENNENLERNPAKET
5 Ausgaben um € 15
www.streifzuege.org

**Die Kämpfe gegen den alten und
neuen Kolonialismus gehen weiter...**



...die Solidarität auch!

SOLIFONDS
solifonds.ch/spenden
PC 80-7761-7